IMMAC
... leading in social investments

Datum:	04. Jänner 2014
Medium:	www.diepresse.com
Thema:	Grüne: Pläne für Pflegebereich „völlig unambitioniert“

Grüne: Pläne für Pflegebereich "völlig unambitioniert"

Symbolbild / Bild: (c) Bilderbox

Die von der Regierung vorgesehenen Mittel seien "zu wenig, quasi die Fortschreibung des Status Quo", kritisiert Sozialsprecherin Schwentner.

04.01.2014 | 09:24 | (DiePresse.com)

Die Grünen fordern von der Regierung, im Pflegebereich deutlich mehr Geld in die Hand zu nehmen als geplant. Alleine aufgrund der demografischen Entwicklung (Alterung der Gesellschaft) würden die Kosten bis 2018 um 530 Millionen Euro höher liegen als im Regierungsprogramm vorgesehen, sagte Sozialsprecherin Judith Schwentner mit Verweis auf Berechnungen ihres Klubs. Die in dieser Legislaturperiode vorgesehenen zusätzlichen Mittel von 700 Millionen Euro (durch die Fortschreibung des Pflegefonds) sowie die 310 Millionen Euro für Pflegegeld und 24-Stunden-Betreuung seien "zu wenig, quasi die Fortschreibung des Status Quo", so Schwentner. Dies sei "völlig unambitioniert".

Schwentner verwies auf eine Studie der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG), wonach die Kostensteigerung aufgrund der Demografie im Bereich der Dienstleistungen 2,1 Prozent pro Jahr betragen würde (2010 bis 2025). Hier sei aber das Schließen von Betreuungslücken bzw. Verbesserungen nicht mitberücksichtigt. Insgesamt wären laut Grünen Berechnungen in dieser Legislaturperiode rund 1,5 Milliarden Euro an Mitteln notwendig, will man auch bei der Qualität Verbesserungen erreichen und die betroffenen Haushalte bzw. pflegende Angehörige finanziell und psychisch entlasten.

"Keine Ahnung, wie das umgesetzt werden soll"

Schwentner verwies darauf, dass ja auch im Regierungsprogramm zahlreiche Punkte wie etwa die Schaffung einer einheitlichen Ausbildung oder der Ausbau von mobilen Diensten und der Tagesbetreuung aufgelistet sind. Sie habe aber "keine Ahnung, wie das umgesetzt werden soll, wenn man nicht mehr Geld in die Hand nimmt", meinte die Grüne Abgeordnete.

Schwertner nannte auch das Beispiel Dänemark: Dort seien gerade jene Modelle ausgebaut worden, die die pflegenden Angehörigen entlasten. Vorrangig geht es den Grünen dabei um alternative Wohnformen und Tageskliniken.

Wesentlich wäre für die Grüne Sozialsprecherin weiters die Einführung von bundeseinheitlichen Qualitätskriterien. Kritik übte sie auch daran, dass es für die Pflegekarenz keinen Rechtsanspruch gibt und dass der Kinderregress in der Steiermark nach wie vor aufrecht ist.

Finanzierung über Steuern

Finanzieren wollen die Grünen die Mehrkosten solidarisch, also über Steuern. Schwentner nannte etwa die Erbschaftssteuer als eine Möglichkeit. Darin, dass ebendiese Steuer erst diese Woche vom Grünen Budgetsprecher als Möglichkeit genannt wurde, eine Entlastung der Steuer auf Arbeit zu finanzieren, sieht sie keinen Widerspruch: Geld habe ja kein Mascherl, meinte sie.

(APA)